

V-16 Atommüll-Zwischenlager schützen – Sicherheit und Sicherung an neue Bedrohungslage und Langzeitlagerung anpassen

Gremium: BAG Energie
Beschlussdatum: 05.10.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Deutschland hat mit dem Atomausstieg eine wichtige energiepolitische Entscheidung getroffen. Die Verantwortung für die radioaktiven Hinterlassenschaften bleibt jedoch bestehen. In Deutschland gibt es derzeit 16 Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle: Ahaus, Biblis, Brokdorf, Brunsbüttel, Gorleben, Grafenrheinfeld, Grohnde, Gundremmingen, Isar, Jülich, Krümmel, Lingen, Lubmin, Neckarwestheim, Philippsburg und Unterweser.

Bis zur Fertigstellung eines Endlagers und dem Abtransport des Mülls werden die Castoren statt der ursprünglich vorgesehenen vierzig Jahre absehbar mehr als hundert Jahre oberirdisch eingelagert werden müssen. Die Sicherheit der Zwischenlager ist deshalb keine vorübergehende Aufgabe. Sie muss angesichts der langen Lagerzeiten, des technischen Alterungsprozesses und der veränderten sicherheitspolitischen Lage dauerhaft gewährleistet werden.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich grundlegend verändert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass auch zivile und kritische Infrastruktur und sogar Atomanlagen zum Ziel militärischer Angriffe werden können. Zugleich haben geheimdienstliche Aktivitäten, Cyberangriffe sowie Drohnen die Möglichkeiten für Angriffe und Sabotage verändert. Sicherheitsanforderungen müssen sich an den tatsächlichen und absehbaren Bedrohungen unserer Zeit orientieren und die außergewöhnlich lange Dauer der Zwischenlagerung berücksichtigen.

Die ersten eingeleiteten Verlängerungs- und Neugenehmigungsverfahren bieten ein Möglichkeitsfenster für eine grundlegende Neubewertung und staatliche Vorsorge unter Einbezug der betroffenen Regionen. Gegenwärtig ist nicht erkennbar, dass die Zwischenlager auf die langfristige Lagerung und die veränderte Bedrohungslage ausreichend vorbereitet sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein,

1. Ein neues Konzept für die Langzeit-Zwischenlagerung zu erarbeiten

Die Zwischenlagerung muss an die absehbar mehr als hundertjährige Lagerdauer angepasst werden. In einem neuen Konzept müssen insbesondere die Alterung von Behältern und Gebäuden, die Konstruktion der Gebäudeinfrastruktur, das Langzeitverhalten des Inventars, die Überwachung und die Erhaltung der Transport- und Umladefähigkeit bis zum späteren Abtransport berücksichtigt werden.

Zur Umsetzung bedarf es eines zeitlich klar umrissenen Maßnahmenplans mit klaren Zuständigkeiten und Fristen und jährlicher öffentlicher Berichterstattung. In diesem Maßnahmenplan müssen auch die Forderungen 2-6 Berücksichtigung finden.

38 2. Eine standortübergreifende und regelmäßige Neubewertung der Sicherheit und
39 der Sicherung aller 16 Zwischenlager vorzunehmen

40 Die Sicherheitskonzepte müssen regelmäßig und unabhängig daraufhin überprüft
41 werden, ob die Zwischenlager gegenüber gegenwärtigen und absehbaren Bedrohungen
42 durch Krieg, geheimdienstliche Aktivitäten, Terrorismus, Sabotage und
43 Cyberangriffe angemessen geschützt sind. Dabei sind insbesondere neue
44 Bedrohungen durch Drohnen, schwere und durchschlagsfähige Waffen, gezielte
45 Angriffe aus der Luft sowie kombinierte Angriffsszenarien zu berücksichtigen.

46 Unterschiedliche bauliche Ausführungen der Zwischenlager dürfen nicht zu
47 dauerhaft unterschiedlichen Sicherheitsniveaus führen. Wo sich aus neuen
48 Bedrohungsszenarien Nachrüstungsbedarf ergibt, müssen geeignete bauliche und
49 technische Maßnahmen ergriffen werden. Wo eine ausreichende Nachrüstung nicht
50 möglich ist, muss ein Ersatzneubau ernsthaft geprüft und so umgesetzt werden,
51 wie es für die Herstellung eines angemessenen Sicherheitsniveaus erforderlich
52 ist.

53 3. Ein eindeutiges Regelwerk und ein angemessenes Sicherheitsniveau für alle
54 Zwischenlager herzustellen

55 Für alle derzeit bestehenden 16 Zwischenlager braucht es ein eindeutiges, an der
56 langen Lagerdauer und der veränderten Bedrohungslage ausgerichtetes Regelwerk.
57 Grundlage müssen der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik sowie eine
58 einheitliche Bewertung der relevanten Risiken sein. Die Prüftiefe und die
59 Verfahren beim Umgang mit auslaufenden Genehmigungen müssen den Anforderungen
60 einer Neugenehmigung entsprechen.

61 Die Anforderungen an Sicherung und Sicherheit müssen standortübergreifend
62 vergleichbar sein. Dabei sind auch regelmäßige und engmaschige Überwachung der
63 einzelnen Behälter auf Temperatur und Strahlung, Forschung zu Alterungsprozessen
64 von Behältern und Gebäuden sowie zum Langzeitverhalten des Inventars und ein
65 schlüssiges Reparaturkonzept für havarierte Castoren sicherzustellen.

66 4. Die Resilienz der Zwischenlager und die staatliche Sicherheitsarchitektur zu
67 stärken

68 Die Zwischenlager gehören aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für den Schutz von
69 Leben, Gesundheit und Umwelt sowie für die öffentliche Sicherheit in die
70 staatliche Sicherheits- und Resilienzarchitektur. Die Aufnahme von Anlagen, die
71 unter die SEWD-Richtlinie fallen, in die Liste der Kritischen Infrastruktur nach
72 dem KRITIS-Dachgesetz (Dachgesetz zur Stärkung der physischen Resilienz
73 kritischer Anlagen) ist daher geboten. Damit müssen klare Zuständigkeiten,
74 ausreichende Kompetenzen und Ressourcen sowie eine schnelle Handlungsfähigkeit
75 der zuständigen Behörden verbunden sein. Die Einordnung als Kritische
76 Infrastruktur ergänzt die notwendigen anlagenbezogenen Sicherungsmaßnahmen und
77 ersetzt sie nicht.

78 Auch Überwachung, Kommunikation, Stromversorgung, Zugangssicherung,
79 Brandbekämpfung und andere sicherheitsrelevante Systeme müssen gegenüber
80 Ausfällen und gezielten Störungen widerstandsfähig sein. Dabei müssen auch
81 länger andauernde Ausfälle und das gleichzeitige Versagen mehrerer Systeme
82 betrachtet werden.

83 5. Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auf neue Angriffsszenarien auszurichten

84 Die bestehenden radiologischen Notfallplanungen müssen darauf überprüft und
85 erforderlichenfalls angepasst werden, dass Schutzmaßnahmen auch bei einem
86 plötzlich eintretenden militärischen oder terroristischen Angriff wirksam
87 umgesetzt werden können.

88 Dabei muss auch ein Szenario berücksichtigt werden, in dem gleichzeitig
89 Verkehrs-, Kommunikations- und Versorgungsinfrastrukturen beeinträchtigt sind.
90 Warnung, radiologische Lagebewertung sowie die Handlungsfähigkeit von
91 Einsatzkräften und Behörden müssen auch unter diesen Bedingungen gewährleistet
92 bleiben. Für unterschiedliche Lagen müssen verschiedene Handlungsmöglichkeiten
93 vorbereitet sein.

94 6. Transparenz, Beteiligung, parlamentarische Befassung und wirksamen
95 Rechtsschutz sicher zu stellen

96 Die Verlängerungs- und Neugenehmigungsverfahren müssen transparent und unter
97 wirksamer Beteiligung der betroffenen Bevölkerung und Regionen durchgeführt
98 werden. Beteiligungsprozesse müssen sowohl auf Bundes- als auch auf
99 Regionalebene stattfinden.

100 Die besondere Bedeutung und die außergewöhnlich lange Dauer der Zwischenlagerung
101 erfordern zudem eine mehrfache parlamentarische Befassung: einerseits eine
102 Befassung des Bundestages mit der neuen Genehmigungsarchitektur, ihrer
103 Verankerung im Atomgesetz und ihrer Ausdifferenzierung in einer Verordnung
104 (Regelwerk); andererseits standortspezifische Berichte an den zuständigen
105 Ausschuss, die als Grundlage für öffentliche Anhörungen noch vor der Erteilung
106 der einzelnen Genehmigungen dienen.

107 Wir setzen uns außerdem für die Wiederherstellung einer wirksamen gerichtlichen
108 Überprüfung atomrechtlicher Genehmigungsentscheidungen ein. Geheimschutz darf
109 gerichtliche Kontrolle nicht leerlaufen lassen. Auch bei Entscheidungen über die
110 Sicherung der Zwischenlager gegen Terror- und andere Angriffe muss effektiver
111 Rechtsschutz gewährleistet sein. Die 17. Atomgesetz-Novelle von 2021 sehen wir
112 deshalb sehr kritisch; sie muss neu überdacht und evtl. zurückgenommen werden.

Einfache Sprache

113 Worum geht es?

114 Deutschland steigt aus der Atom-Kraft aus. Das war eine wichtige Entscheidung.
115 Aber der Atom-Müll bleibt. Dafür sind wir weiter verantwortlich.

116 Der Atom-Müll ist sehr gefährlich. Man nennt ihn auch: hoch-radioaktiver Müll.
117 Der Müll liegt in großen Behältern. Die Behälter heißen Castoren.

118 Die Castoren stehen in Zwischen-Lagern. Ein Zwischen-Lager ist ein Lager für
119 eine Zwischen-Zeit. Später soll der Müll in ein End-Lager. Ein End-Lager ist ein
120 Lager für immer. Das End-Lager gibt es noch nicht.

121 In Deutschland gibt es 16 Zwischen-Lager. Sie sind in diesen Orten:

- 122 • Ahaus
- 123 • Biblis
- 124 • Brokdorf
- 125 • Brunsbüttel
- 126 • Gorleben
- 127 • Grafenrheinfeld
- 128 • Grohnde
- 129 • Gundremmingen
- 130 • Isar
- 131 • Jülich
- 132 • Krümmel
- 133 • Lingen
- 134 • Lubmin
- 135 • Neckarwestheim
- 136 • Philippsburg
- 137 • Unterweser

138 Das Problem

139 Die Zwischen-Lager sollten 40 Jahre lang genutzt werden. Aber das reicht nicht.
140 Der Müll muss wohl mehr als 100 Jahre in den Zwischen-Lagern bleiben. Die Lager
141 stehen über der Erde.

142 Deshalb müssen die Lager sehr lange sicher sein. Die Behörden dürfen das nicht
143 vergessen. Denn die Behälter und die Gebäude werden mit der Zeit älter.

144 Außerdem hat sich die Lage in Europa verändert. Russland hat die Ukraine
145 angegriffen. Dabei wurden auch wichtige Anlagen für die Menschen angegriffen.
146 Sogar Atom-Anlagen können zum Ziel werden.

147 Es gibt auch neue Gefahren:

- 148 • Spione können Informationen stehlen.
- 149 • Hacker können mit Computern angreifen. Das nennt man Cyber-Angriffe.
- 150 • Drohnen können fliegen und Schaden machen.

151 Die Sicherheit muss zu diesen Gefahren passen. Und sie muss zu der sehr langen
152 Lager-Zeit passen.

153 Jetzt laufen viele Genehmigungen für die Lager aus. Die Lager brauchen eine neue
154 Erlaubnis. Das ist eine gute Chance. Man kann jetzt alles neu prüfen. Auch die
155 Menschen in der Nähe sollen mitreden.

156 Heute sieht es nicht so aus, als ob die Lager gut vorbereitet sind. Sie sind
157 nicht gut genug vorbereitet für die lange Zeit und für die neuen Gefahren.

158 **Das fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

159 **1. Ein neuer Plan für die lange Lager-Zeit**

160 Es braucht einen neuen Plan. Der Plan muss für mehr als 100 Jahre passen.

161 In dem Plan muss stehen:

- 162 • Wie werden die Behälter und Gebäude älter?
- 163 • Wie sind die Gebäude gebaut?
- 164 • Wie verändert sich der Müll in den Behältern?
- 165 • Wie kontrolliert man alles?
- 166 • Wie bleiben die Behälter transportierbar? Man muss sie später
- 167 abtransportieren können. Man muss sie auch umladen können.

168 Der Plan muss genau sagen:

- 169 • Wer ist für was zuständig?
- 170 • Bis wann muss was fertig sein?

171 Jedes Jahr muss es einen öffentlichen Bericht geben. Alle Menschen sollen den
172 Bericht lesen können.

173 Die Punkte 2 bis 6 gehören auch in diesen Plan.

174 **2. Alle 16 Lager regelmäßig neu prüfen**

175 Experten müssen die Lager regelmäßig prüfen. Die Experten sollen unabhängig
176 sein.

177 Sie prüfen:

- 178 • Sind die Lager gut geschützt?
- 179 • Sind sie geschützt vor Krieg?
- 180 • Sind sie geschützt vor Spionen, Terror und Sabotage? Sabotage heißt:
- 181 Jemand macht absichtlich etwas kaputt.
- 182 • Sind sie geschützt vor Cyber-Angriffen?

183 Man muss besonders an neue Gefahren denken:

- 184 • Drohnen
- 185 • schwere Waffen, die durch Wände dringen
- 186 • Angriffe aus der Luft
- 187 • Angriffe, bei denen mehrere Gefahren zusammenkommen

188 Die Lager sind unterschiedlich gebaut. Aber alle Lager müssen gleich sicher
189 sein. Das darf auch in vielen Jahren nicht anders sein.

190 Manche Lager brauchen vielleicht Verbesserungen. Dann muss man sie umbauen. Man
191 muss sie technisch besser machen.

192 Manchmal reicht ein Umbau nicht. Dann muss man ein neues Gebäude bauen. Das muss
193 man ernsthaft prüfen. Und man muss es dann auch wirklich tun.

194 3. Klare Regeln für alle Lager

195 Für alle 16 Lager braucht es klare Regeln. Die Regeln müssen zu den neuen
196 Gefahren passen. Sie müssen auch zur langen Lager-Zeit passen.

197 Die Regeln müssen auf dem neuesten Wissen beruhen. Alle Gefahren müssen gleich
198 bewertet werden.

199 Läuft eine Genehmigung aus? Dann muss man genauso genau prüfen wie bei einer
200 ganz neuen Genehmigung.

201 Die Sicherheit muss an allen Orten gleich gut sein. So kann man sie vergleichen.

202 Dazu gehört auch:

- 203 • Jeder Behälter wird oft und genau kontrolliert. Man misst die Wärme. Man
- 204 misst die Strahlung.
- 205 • Forscher untersuchen, wie Behälter und Gebäude älter werden.
- 206 • Forscher untersuchen, wie sich der Müll verändert.
- 207 • Es gibt einen guten Plan für kaputte Castoren. Man muss sie reparieren
- 208 können.

209 4. Die Lager besser schützen und in die Sicherheits-Planung 210 des Staates aufnehmen

211 Die Lager sind sehr wichtig. Sie schützen Menschen, Gesundheit und Umwelt. Sie
212 sind wichtig für die öffentliche Sicherheit.

213 Deshalb sollen sie zur kritischen Infrastruktur gehören. Kritische Infrastruktur
214 sind Anlagen, die für alle sehr wichtig sind. Zum Beispiel: Strom-Netze oder
215 Wasser-Werke.

216 Dafür gibt es ein Gesetz. Es heißt KRITIS-Dach-Gesetz. Es schützt wichtige
217 Anlagen.

218 Dann muss auch klar sein:

- 219 • Wer ist zuständig?
- 220 • Die Behörden brauchen genug Rechte.
- 221 • Die Behörden brauchen genug Geld und Personal.
- 222 • Die Behörden müssen schnell handeln können.

223 Das ist aber nur eine Ergänzung. Die Lager brauchen weiter ihren eigenen Schutz
224 vor Ort.

225 Wichtige Systeme dürfen nicht ausfallen. Und niemand darf sie absichtlich
226 stören. Das gilt zum Beispiel für:

- 227 • die Überwachung
- 228 • die Kommunikation
- 229 • den Strom
- 230 • die Zugangs-Kontrolle
- 231 • die Feuer-Wehr-Technik

232 Man muss auch an schlimme Fälle denken:

- 233 • Ein Ausfall dauert lange.
- 234 • Mehrere Systeme fallen gleichzeitig aus.

235 5. Katastrophen-Schutz und Bevölkerungs-Schutz verbessern

236 Es gibt Pläne für den Notfall mit Strahlung. Diese Pläne muss man prüfen. Wenn
237 nötig, muss man sie ändern.

238 Denn es kann plötzlich einen Angriff geben. Das kann ein Angriff vom Militär
239 sein. Das kann auch ein Terror-Angriff sein. Auch dann muss man die Menschen
240 schützen können.

241 Man muss auch diesen Fall bedenken: Straßen, Telefon, Internet und Strom
242 funktionieren nicht mehr.

243 Auch dann muss gelten:

- 244 • Die Menschen werden gewarnt.
- 245 • Man weiß, wie stark die Strahlung ist.
- 246 • Rettungs-Kräfte und Behörden können handeln.

247 Man braucht Pläne für verschiedene Fälle.

248 6. Offenheit, Mitsprache, Bundes-Tag und Gericht

249 Die Verfahren für neue Genehmigungen müssen offen sein. Alle sollen sehen
250 können, was passiert.

251 Die Menschen in der Nähe der Lager sollen mitreden. Das gilt für den Bund und
252 für die Regionen.

253 Die Lager-Zeit ist sehr lang. Das Thema ist sehr wichtig. Deshalb soll sich der
254 Bundes-Tag mehrmals damit beschäftigen. Der Bundes-Tag ist das Parlament von
255 Deutschland.

256 Der Bundes-Tag soll über diese Dinge beraten:

- 257 • Wie funktionieren die neuen Genehmigungen?
- 258 • Das soll im Atom-Gesetz stehen.
- 259 • Die Einzelheiten sollen in einer Verordnung stehen. Eine Verordnung
260 enthält genaue Regeln.

261 Außerdem soll es für jedes Lager einen eigenen Bericht geben. Der Bericht geht
262 an den zuständigen Ausschuss im Bundes-Tag. Dann gibt es öffentliche Anhörungen.
263 Die finden statt, bevor ein Lager eine Genehmigung bekommt.

264 Wir wollen noch etwas: Gerichte sollen Entscheidungen über Atom-Anlagen wieder
265 gut prüfen können.

266 Geheimhaltung darf das nicht verhindern. Auch bei der Sicherung der Lager gegen
267 Terror und andere Angriffe müssen Menschen vor Gericht klagen können.

Begründung

Die ursprünglich für 40 Jahre vorgesehene Zwischenlagerung wird sich bis ins 21. Jh. verlängern. Damit gewinnen Fragen von Alterung, Langzeitverhalten, Überwachung, Reparatur- und Transportfähigkeit neue Bedeutung.

Neugenehmigungsverfahren bieten die Chance, diese Fragen systematisch zu bearbeiten.

Siehe ausführlichere Begründung mit weiteren Hintergründen unter <https://zwischenlager2026.antragsgruen.de/zwischenlager2026/motion/106103>